Salim Hemeed
Landesgeschäftsführer

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern
Martinstr. 1/1a
19053 Schwerin
Tel.: 0385 760 38 15
Mob.: 0176 658 388 95

31.10.2026

Pressemitteilung

Politik für Mieterinnen und Mieter statt für Großkonzerne

Zu den Plänen der Bundesregierung, Vergesellschaftung nach Artikel 15 des Grundgesetzes erheblich zu erschweren, erklärt Hennis Herbst, Landesvorsitzender der Linken Mecklenburg-Vorpommern:

„Diese Pläne der Bundesregierung zeigen, wie kurz der Weg von großen Immobilienkonzernen ins Kanzleramt ist. Mieterinnen und Mieter werden hingegen an der Pforte abgewiesen. Artikel 15 des Grundgesetzes sieht ausdrücklich vor, Grund und Boden zum Zweck der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft zu überführen. Aus Sorge vor der Linken will die Bundesregierung dieses Instrument praktisch verunmöglichen. Damit stellt sie die Interessen großer Immobilienkonzerne über die Möglichkeiten demokratisch legitimierter Politik und den Willen der Berlinerinnen und Berliner, die in einem Volksentscheid für die Vergesellschaftung gestimmt haben.

Für wen macht diese Bundesregierung eigentlich Politik? Während Mieterinnen und Mieter unter explodierenden Wohnkosten leiden, beschäftigt sich diese Bundesregierung damit, die Gewinne großer Wohnungskonzerne abzusichern. Statt demokratisch gewählten Landesregierungen die Möglichkeit zu lassen, wirksame Antworten auf die Wohnungsfrage zu entwickeln, soll ihnen ein zentrales Instrument aus der Hand genommen werden.“

Herbst weiter: „Insbesondere die SPD darf dabei nicht mitmachen. Im Berliner Abgeordnetenhaus bekennt sie sich in den Koalitionsverhandlungen mit Linken und Grünen dazu, die Vergesellschaftung großer privater Wohnungsbestände auf Grundlage von Artikel 15 voranzubringen. Etwa zwei Kilometer Luftlinie entfernt, im deutschen Bundestag will die Bundesregierung aus CDU und SPD an einem Gesetz arbeiten, um genau das zu verhindern. Das wäre schizophren.

Artikel 15 ist Teil unseres Grundgesetzes. Er eröffnet die Möglichkeit, Eigentum in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Es ist Aufgabe der Politik, die verfassungsrechtlich vorgesehenen Möglichkeiten ernsthaft zu prüfen und demokratische Entscheidungen zu ermöglichen.

Wir als Linke stellen uns ganz klar gegen diesen Angriff auf die Handlungsmöglichkeiten demokratischer Politik, die unser Grundgesetz vorsieht. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht den Renditeinteressen großer Konzerne untergeordnet werden!“